

Landtag

14. Sitzung vom 25. Juni 1980

Sitzungsprotokoll

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender: Erster Präsident Pfoch.

Schriftführer: Die Abg. Ascherl und Wiesinger sowie die Abg. Ing. Kreiner und Dkfm. Sigrun Schlick.

Erster Präsident Pfoch eröffnet die Sitzung.

1. Amtsf. StR. Schieder sowie die Abg. Daller, Rosenberger, Margarete Tischler und Vejtisek sind entschuldigt.

2. In der Fragestunde werden von Präsident Pfoch die folgenden Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (Pr.Z. 402/LM/80) des Abg. Fürst an den Landeshauptmann:

Welche Maßnahmen fehlen derzeit noch für einen wirksamen Zivil- und Katastrophenschutz in Wien?

2. Anfrage (Pr.Z. 390/LM/80) des Abg. Dr. Hirnthal an den Landeshauptmann:

Sind Sie bereit, den Entwurf einer Novelle zur Wiener Stadtverfassung vorbereiten zu lassen, wonach dem Kontrollausschuß die Vorberatung der an den Wiener Gemeinderat gerichteten Berichte des Rechnungshofs zugewiesen wird?

3. Anfrage (Pr.Z. 391/LM/80) des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz an den Landeshauptmann:

Welche Stellungnahme beziehen Sie zum Vorschlag des Bundeskanzlers, Umweltschutzkompetenzen der Länder an den Bund abzugeben und hiefür die Kompetenzen bei der Wohnbauförderung übertragen zu erhalten?

4. Anfrage (Pr.Z. 396/LM/80) des Abg. Emerling an den Amtsf. StR. der Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung:

Welche wesentlichen Beschlüsse wurden heuer bereits im Wohnbauförderungsbeirat gefaßt?

5. Anfrage (Pr.Z. 397/LM/80) des Abg. Outolny an den Amtsf. StR. der Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung:

Wie ist die Entwicklung der Wohnbauförderung am Neubausektor in diesem Jahr?

6. Anfrage (Pr.Z. 398/LM/80) des Abg. Sevcik an den Amtsf. StR. der Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung:

Hat sich das System der sogenannten Schienen A und B im Bereich der Wohnungsverbesserung bereits eingespielt?

7. Anfrage (Pr.Z. 403/LM/80) des Abg. Arthold an den Amtsf. StR. der Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie:

Wie ist der derzeitige Stand der Verhandlungen mit dem Bund, betreffend die Neuregelung des Bundesstraßennetzes in Wien?

8. Anfrage (Pr.Z. 401/LM/80) des Abg. Mag. Kauer an den Amtsf. StR. der Geschäftsgruppe Stadtplanung:

Welche Vorstellungen haben Sie als sachlich zuständiger Stadtrat hinsichtlich einer baldigen Novellierung der Wiener Bauordnung?

3. (Pr.Z. 302/LA.) Präsident Pfoch teilt mit, daß die Abg. Dr. Busek, Hahn und Dr. Goller einen Antrag, betreffend Ausbau der Kontroll- und Minderheitsrechte eingebracht haben, und weist

diesen Antrag dem Amtsf. StR. für Personal- und Rechtsangelegenheiten zu.

(Pr.Z. 303/LA.) Präsident Pfoch teilt mit, daß die Abg. Hahn, Neusser, Dkfm. Ammann und Dr. Peter Mayr gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend die Einführung eines Wohnstarthilfefonds zur Unterstützung der Hausstandsgründung von Jungfamilien eingebracht haben, und weist sie dem Ausschuß für Wohnen und Stadterneuerung zu.

Der Landtag beschließt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, die auf der Tagesordnung stehende Wahl durch Handerheben vorzunehmen.

4. (Pr.Z. 1764, P. 1.) Anstelle von Bundesrat Dkfm. Dr. Günter Stummvoll, der auf die durch den Mandatsverzicht von Bundesrat Dr. Macher freigewordene Stelle im Bundesrat berufen wurde, wird Abg. Leopold Schneider als neues Ersatzmitglied für die 8. Stelle der vom Wiener Landtag zu entsendenden Bundesratsmitglieder gewählt.

Berichterstatter: Amtsf. StR. Nekula

5. (Pr.Z. 1313, P. 2.) Der in der Beilage Nr. 10 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Unfallfürsorgegesetz 1967 geändert wird (4. Novelle zum Unfallfürsorgegesetz) wird in erster und zweiter Lesung zum Beschuß erhoben.

6. (Pr.Z. 1337, P. 3.) Der in der Beilage Nr. 11 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1967 geändert wird (18. Novelle zur Besoldungsordnung 1967) und andere besoldungsrechtliche Vorschriften außer Kraft gesetzt werden, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschuß erhoben.

Berichterstatter: Amtsf. StR. Hans Mayr

7. (Pr.Z. 1455, P. 4.) Der in der Beilage Nr. 12 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gebrauchsabgabegesetz 1966 geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschuß erhoben.

Berichterstatter: Amtsf. StR. Dr. Zilk

8. (Pr.Z. 1061, P. 5.) Der in der Beilage Nr. 9 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Kinogesetz 1955 geändert wird (Wiener Kinogesetznovelle 1980), wird mit nachstehenden Änderungen in erster und zweiter Lesung zum Beschuß erhoben:

Zu Z. 1:

Im § 1 Abs. 2 hat die Z. 4 zu lauten:

„4. Vorführungen, die unentgeltlich in Gewerbebetrieben zu Schulungs- oder Demonstrationszwecken in untergeordnetem Umfang stattfinden, sowie Vorführungen, die vor Interessenten im Zusammenhang mit der Herstellung, dem Verkauf und dem Verleih von Bildträgern (Filmen, Diapositiven und dergleichen) oder von Geräten und Einrichtungen für Ton- und Bildübertragungen auf Grund einer Gewerbeberechtigung erfolgen.“

Zu Z. 2:

Im § 2 Abs. 2 hat die Z. 2 zu lauten:

„2. Aufführungen von durch Wiedergabe von

Video- oder Fernsehaufzeichnungen erzeugten Bildern, wenn sie nicht im Rahmen eines Erwerbsunternehmens stattfinden,"

Zu Z. 4:

Dem Abs. 1 des § 3 ist folgender Satz anzufügen:

„Als Geschäftsführer darf nicht mehr bestellt werden, wer bereits für vier Betriebsstätten Konzessionär, Pächter oder Geschäftsführer ist.“

Der Schriftführer:



Zu Z. 12:

Dem Abs. 2 des § 8 ist folgender Abs. 3 anzufügen:

„(3) Die Vorführung von Sicherheitsfilmen ist vom Filmvorführer zu überwachen; bei Verwendung von automatischen Vorführanlagen oder anderen Überwachungseinrichtungen ist eine ständige Anwesenheit im Bildwererraum nicht erforderlich.“

(Redner: Die Abg. Schneider und Strangl.)

(Schluß um 10.55 Uhr.)

Der Vorsitzende:



Erster Präsident